

Bündnis 90/Die Grünen

-Stadtratsfraktion-

49716 Meppen



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

www.die-gruenen-moppen

1. Diesen Antrag bitte an alle
Fraktionäre

2. Dr. B. Oskmann u. für mich!

Antrag an den Rat der Stadt Meppen

Der Rat Meppen unterstützt die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und deklariert die Stadt Meppen als sicheren Hafen für schutzsuchende Menschen. Der Rat fordert den Bürgermeister auf, der Bundesregierung anzubieten, dass die Stadt Meppen zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will. Der Rat appelliert ferner an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der *Fluchursachen* einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Außen- und -Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.

Menschen aus Seenot zu retten ist eine Selbstverständlichkeit. Und gerettete Menschen brauchen einen Zufluchtsort. Es ist ein wichtiges Zeichen und bedeutet zugleich konkrete Hilfe für Schutzsuchende, wenn Kommunen direkt die Aufnahme von Geflüchteten anbieten und so für Humanität und Menschenrechte eintreten. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken und zivile Seenotrettungsschiffe tagelang im Mittelmeer auf die Einfahrt in einen Hafen warten. Seenotretter dürften nicht kriminalisiert werden und es braucht mehr legale Fluchtwege. Deshalb ist es entscheidend, dass Landes- und Bundesregierung die Bereitschaft der Kommunen, zusätzliche Schutzsuchende aufzunehmen, auch annehmen. Darüber hinaus ist es höchste Zeit, dass Niedersachsen mit einem neuen Landesaufnahmeprogramm wieder legale Zufluchtwege für Schutzsuchende ermöglicht.

Bislang haben sich deutschlandweit rund 40 Städte zum sicheren Hafen im Rahmen der Initiative Seebrücke erklärt - in Niedersachsen gehören bislang Osnabrück, Oldenburg, Hildesheim, Braunschweig, Cloppenburg und die Region Hannover dazu. Auch die Samtgemeinde Thedinghausen im Landkreis Verden hat eine entsprechende Erklärung verabschiedet.

Allein im Januar 2019 sind bereits rund 200 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, 2018 waren es rund 2.300 Menschen (Quelle: www.statista.com). Die Anrainerstaaten verweigern zunehmend Seenotrettungsschiffen das Einlaufen in den Hafen. Zuletzt harnten 47 Geflüchtete auf der „Sea-Watch 3“ zwölf Tage vor der italienischen Küste aus, bis sie schließlich in Sizilien an Land gehen durften.

In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten zunächst die drei rheinländischen Oberbürgermeister*innen der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn der Bundesregierung im Juli 2017 angeboten, in Not geratene Geflüchtete aufzunehmen: "Wir wollen uns gegen die vermeintlich herrschende Stimmung stellen, dass Zäune und Mauern statt eines gerechten europäischen Verteilsystems die Not der Geflüchteten lösen können. Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen", hieß es damals.

Diese Initiative reiht sich mittlerweile ein in ein Netzwerk europäischer Städte, die die Abschottungspolitik ihrer nationalen Regierungen nicht teilen und sich zu „Städten der Zuflucht“

erklären. Nach Osnabrück freuen wir uns, dass mit Hildesheim und Oldenburg weitere niedersächsische Städte dem Beispiel gefolgt sind. Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen. Auch im Emsland haben sich schon Bürger*innen an Aktionen der Seebrücke beteiligt und die Bewegung wächst. Viele unterschiedliche Städte in Europa haben sich bereits solidarisiert und angeboten; in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Die Stadt Meppen muss hier ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden setzen. In den letzten Jahren haben die Bürger*innen dieser Stadt, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg muss Meppen jetzt weitergehen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Lügering

Carsten Keetz

Martin Tecklenburg

Stadt soll Solidarität mit Flüchtlingen zeigen

Grüne wollen Meppen zum „sicheren Hafen“ erklären / Initiative „Seebrücke“



Werbung für die Initiative Seebrücke im Begegnungscafé Esterwegen. Foto: Daniel Gonzalez-Teppe

Meppen Die Stadt Meppen soll die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ unterstützen, meint die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Rat wird entscheiden müssen, ob ein Zeichen für eine humanere Flüchtlingspolitik gesetzt wird.

Im Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Senioren wurde intensiv diskutiert, am Ende wurde dem Rat empfohlen, einen Beschluss nach dem Vorbild der Städte Braunschweig und Nordhorn zu fassen. Carsten Keetz begründete den Antrag seiner Fraktion. Die Stadt habe in den vergangenen vier Jahren 966 Flüchtlinge aufgenommen und viel für die Integration leisten können. „Doch ich sage auch, wir dürfen uns darauf nicht ausruhen.“ Er rief dazu auf, dem Beispiel von derzeit 16 niedersächsischen Kommunen zu folgen, Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge zu signalisieren und die Bundesregierung aufzufordern, für eine humane Flüchtlingspolitik der Europäischen Union einzutreten und insbesondere gegen die Kriminalisierung von Seenotrettern anzugehen.

Andreas Pothén, Fachbereichsleiter Arbeit und Soziales, ergänzte die Aussagen mit aktuellen Zahlen und Informationen zur Initiative „Seebrücke“. Diese sei eine dezentral organisierte, internationale, zivilgesellschaftliche Bewegung. Die Akteure solidarisieren sich mit Flüchtenden und fordern die Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen und eine menschenwürdige Aufnahme der Hilfesuchenden zu gewährleisten. Seebrücke hat dazu einen Forderungskatalog aufgestellt. Die meisten Städte, Gemeinden und Landkreise, die sich sich damit befassen haben, trafen daraus eine Auswahl, mit der Solidarität und die Bereitschaft signalisiert wird, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

2018 starben im Mittelmeer 2300 Menschen beim Versuch, Europa zu erreichen, sagte Pothén. Dies sei die Zahl der amtlich registrierten Toten, darüber hinaus gebe es noch eine Dunkelziffer. „Das Mittelmeer entwickelt sich zum Massengrab.“ Seit die Europäische Union ihre Mission zur Seenotrettung in internationalen Gewässern eingestellt hat, sind dort nur noch private Schiffe betroffen, denen häufig das Anlanden der Geretteten schwer gemacht wird. Die Stadt Meppen habe von 2014 bis 2018 insgesamt 966 Flüchtlinge aufgenommen, 26 mehr, als das vom Landkreis Emsland vorgesehene Kontingent vorsieht, teilte Pothén mit. Daher werden der Stadt bis zum Jahresende keine weiteren Flüchtlinge mehr zugewiesen. Er beschrieb ausführlich das Geflecht aus kommunalen und ehrenamtlichen Einrichtungen, das die Integration fördert. Aktuell seien 768 Geflüchtete im Sozialleistungsbezug.

Jürgen Schwering (CDU) sagte, dass er persönlich dem Antrag in wesentlichen Punkten aus menschlicher und christlicher Verantwortung zustimmen könne. Die Seenotrettung sei eigentlich eine staatliche Aufgabe. Daher sollten die privaten Retter, aber auch Anrainerstaaten wie Spanien, Italien und Griechenland mehr Unterstützung erhalten. Zwar sei Asylpolitik keine kommunale Aufgabe, aber es könne an die Verantwortlichen appelliert werden, mehr zu tun, auch beim Thema Bekämpfung von Fluchtursachen.

Die Stadt und ihre Bürger haben bei der Aufnahme und der Integration von Geflüchteten in den vergangenen Jahren viel geleistet, stellte Bernd Kaiser (SPD) fest. Die jüngste Entwicklung im Mittelmeerraum sei erschreckend, die europäische Politik nannte er einen „Skandal“. Die SPD werde den Antrag bis zur Ratssitzung intensiv diskutieren, kündigte er an.

Stadt sollte Mitmenschlichkeit zeigen

In Meppen wird viel getan, um einen humanen Umgang mit Flüchtlingen zu gewährleisten. Es wäre gut, wenn die Stadt dies auch von der Landes-, Bundes-, und EU-Politik einfordert.

Deutschland und Europa sind nicht die Hauptziele von Fluchtbewegungen. Syrer stellen die größte einzelne Flüchtlingsgruppe in Meppen, aber die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge sind in den Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien untergekommen. Eine weitere große Flüchtlingsgruppe in Meppen sind Nigerianer. Die meisten vor gewaltsamen Konflikten ausgewichenen Menschen sind im Land selbst untergekommen, ein kleiner Teil hat sich nach Europa und damit auch Deutschland aufgemacht.

Eine einfache Lösung wie „Grenzen dicht“ löst die Probleme nicht, sie hätte tödliche Konsequenzen für Tausende Menschen. Daher sollte die Bekämpfung von Fluchtursachen oberste Priorität haben – und Flüchtlingen mit Mitmenschlichkeit zu begegnen.

m.fickers@noz.de



B E G L A U B I G T E R A U S Z U G

aus der 17. Sitzung
des Rates der Stadt Meppen
am Donnerstag, 12.09.2019

Öffentlicher Teil

**5. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen an den Rat der 2019/0108
Stadt Meppen
auf Unterstützung der Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen"**

Herr Keetz trägt den Antrag seiner Fraktion vor und erläutert die Hintergründe der Antragstellung.

Herr Wahmes trägt dazu vor:

Die Aktion Seebrücke ist eine dezentral organisierte, internationale, zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen die europäische Abschottungspolitik sowie insbesondere gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer richtet. Die Akteure solidarisieren sich mit allen Flüchtenden und fordern die Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen und eine menschenwürdige Aufnahme der Hilfesuchenden zu gewährleisten. Die Aktion entstand im Sommer 2018, nachdem das Rettungsschiff *Lifeline* mit 234 geretteten Menschen an Bord tagelang am Einlaufen in einen europäischen Hafen gehindert wurde. Mittlerweile sind deutschlandweit 86 überwiegend größere selbstständige Städte u. Landkreise diesem Bündnis beigetreten und haben sich zum sicheren Hafen für Flüchtlinge erklärt. Weitere Informationen können dem beiliegenden Antrag der Stadtratsfraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ entnommen werden. Welche Forderungen und Verpflichtungen mit einer Erklärung zum „Sicheren Hafen“ verbunden sind, ist dem beiliegenden Forderungskatalog der Seebrücke zu entnehmen. Die meisten der 86 Städte/Landkreise, deren Verwaltungen aufgrund der Größe überwiegend selbst für die Verteilung der Flüchtlinge zuständig sind, haben nur die Punkte 1 und 3 des Forderungskatalogs (Solidaritätserklärung und Aufnahme zusätzlich zur Quote) beschlossen.

Die Initiative hat eher symbolischen Charakter. Grundsätzlich ist die Bundesregierung bzw. das europäische Parlament für die Regelungen zur Flüchtlingsaufnahme und die Grenzsicherungsmaßnahmen zuständig. Die Thematik ist somit von überregionaler Bedeutung und fällt nicht in den Aufgabenkreis der Kommune. Die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge werden nach einem vom Bund vorgegebenen festen Verteilungsschlüssel (Königsteiner Schlüssel) auf die Länder verteilt. Die Länder weisen die Flüchtlinge dann den größeren Städten und Landkreisen zur Aufnahme zu. Hier vor Ort ist der Landkreis Emsland für die Verteilung der vom Land Niedersachsen zugewiesenen Flüchtlinge auf die 19 Mitgliedsgemeinden zuständig. Der Landkreis ist auch örtlich zuständiger Träger der Aufgaben/Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und Sitz der Ausländerbehörde.

Die Stadt Meppen hat in den Jahren 2014 bis 2018 insgesamt 961 Flüchtlinge aufgenommen und damit das vom Landkreis Emsland zugewiesene Aufnahmekontingent deutlich übererfüllt. Bis Ende 2019 werden uns keine weiteren Flüchtlinge mehr zugewiesen.

20 Asylbewerber (Stand August 2019) zählen bereits auf die erst ab 2020 geltende neue Aufnahmequote. Damit unterscheidet sich Meppen von anderen Mitgliedsgemeinden des Landkreises Emsland, die teilweise noch erhebliche Restkontingente aufzunehmen haben.

Die Flüchtlinge wurden über das Stadtgebiet verteilt in aktuell 122 Wohnungen dezentral untergebracht. Meppen befindet sich im Hinblick auf die Integration der Flüchtlinge auf einem sehr guten Weg. In den vergangenen Jahren wurden verschiedenste Maßnahmen und Förderungen zur Integration der Flüchtlinge vom Stadtrat beschlossen (z. B. Einrichtung und lfd. Unterhaltung der Begegnungsstätte Café International, Besetzung der Stelle einer Integrationsbeauftragten, Hausmeisterdienste für die städtischen Unterkünfte, Einstellung eines Sozialarbeiters, laufende Zuschüsse an die in der Flüchtlingssozialarbeit aktiven Wohlfahrtsverbände, Sprachförderungen in Kitas und Schulen, Aktionsprogramme im JAM, Fahrradwerkstatt auf dem Kossehof, Fest der Kulturen, etc.). Auch durch den beispielhaften Einsatz der vielen ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer und die gute Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden kann den Flüchtlingen in Meppen für fast jede Bedarfslage ein Hilfsangebot aufgezeigt werden.

Im Hinblick auf die eventuell entstehenden Kosten ist zu bedenken, dass für zusätzliche Flüchtlinge auch Kita- u. Schulplätze geschaffen werden müssen und der Wohnraumbedarf, insbesondere im Bereich des angespannten sozialen Wohnungsmarktes, steigt. Die Aufwendungen für den laufenden Lebensunterhalt einschließlich des Unterkunftsbedarfes können hingegen über die sozialen Sicherungssysteme (AsylbLG und SGB II) abgerechnet werden, sofern der Bund bzw. das Land nicht die Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG (vollständige Kostenübernahme durch den Verpflichtungsgeber für die Dauer von 5 Jahren) für ein zusätzliches Aufnahmeprogramm fordert.

In der Vergangenheit gab es in Deutschland bereits verschiedene Aufnahmeprogramme (z. B. aus humanitären Gründen) die jedoch allesamt der Bundes- u. Landesgesetzgebung unterliegen. Laut Internetrecherche wurde die Thematik „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ in mehreren Städten Niedersachsens sehr kontrovers diskutiert und emotional beraten (z. B. in Celle, Hannover, Altdorf und auch der Nachbarstadt Lingen). Bislang sind in Niedersachsen 16 Kommunen dem Bündnis beigetreten. Eine notwendige Reform der gemeinsamen Europäischen Asylopolitik ist weiterhin nicht in Sicht. Es gibt insbesondere bei der Reform des Dublin-Systems (verantwortlich für das Asylverfahren ist der Staat, in dem Flüchtlinge die EU betreten) und der Frage, wie Flüchtlinge innerhalb der EU gerecht verteilt werden können, keine Einigung.

Herr Wahmes teilt mit, dass der folgende Beschlussvorschlag in der Sitzung des Sozialausschusses am 03.09.2019 und in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 05.09.2019 einstimmig gefasst wurde. Die Verwaltung empfiehlt, dass auch der Rat der Stadt Meppen diesem Beschlussvorschlag folgen möge.

1. Der Rat der Stadt Meppen appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtsachen einzusetzen.
2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Rat die Stadt Meppen als „sicheren Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.

3. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.
5. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Rat vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen ist kein legitimes politisches Mittel.
6. Der Rat der Stadt Meppen ist bereit, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren; dieses gilt auch für in Seenot Geratene. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen.

Herr Schwering hebt die in Meppen ausgeübte Flüchtlingsarbeit positiv hervor und spricht seinen Dank an alle daran Beteiligten aus. Dem Antrag der Grünen zu folgen könne nur richtig sein, da auch außerhalb Meppens, hier besonders im Hinblick auf das Mittelmeer, Unterstützung geleistet werden müsse.

Frau Kötter appelliert, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Mit dem Bekenntnis zur Unterstützung der Initiative Seebrücke werde zum Ausdruck gebracht, dass die Meppenerinnen und Meppener bereit und in der Lage sind, den flüchtenden Menschen die erforderliche Hilfe entgegenzubringen.

Frau Oestreicher bezeichnet es auch als Ausdruck des Christlichen Weltbildes, Not leidenden Menschen Hilfe zu leisten. Das Bekenntnis zur Unterstützung der Initiative Seebrücke sei ein wichtiges und richtiges Statement, welches es zu setzen gelte.

Es wird beschlossen:

36 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)